



Getreide-
nährmittelverband
e. V.

NUDELN
:)))
MACHEN
GLÜCKLICH
© Die deutschen Nudelmacher



Wettbewerb um agrarische Rohstoffe

Bundesregierung und EU haben sich zu einer massiven Förderung von „Bio“-Energie entschlossen, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und die Emission von Treibhausgasen zu reduzieren. Die Lebensmittel- und Futtermittelwirtschaft unterstützt die Klimaschutzziele vorbehaltlos, sieht aber in der gegenwärtigen Ausgestaltung der Bioenergieförderung dem Anliegen der Nachhaltigkeit in umwelt- und verbraucherpolitisch sowie volkswirtschaftlicher Hinsicht nicht ausreichend Rechnung getragen. Die Auswirkungen dieser Subventionspolitik an den Märkten zeigen sich seit der Ernte 2006. Die weltweite Erzeugung von Getreide und Ölsaaten ist seit Jahren geringer als der Verbrauch, die Bestände auf dem niedrigsten Niveau seit 32 Jahren. Die jährlich wachsende Weltbevölkerung und der steigende Verzehr an Milch und Fleisch in Schwellenländern lassen die Nachfrage nach Getreide dauerhaft steigen. Neben Witterungseinflüssen erklärt dies alles zusammen die aktuell zu beobachtende Verdoppelung der Marktpreise und ihre Auswirkungen auf die Verbraucherpreise. Die Verbraucher werden sich deshalb auch längerfristig auf höhere Lebensmittelpreise einstellen müssen. Entgegen wirken sollte eine Politik, die Anreize für den Anbau von Getreidesorten in einer Qualität und Güte vorsieht, wie sie für die Herstellung von qualitativ hochwertigen Lebens- und Futtermitteln notwendig sind.

Die staatlich geschaffenen Produktionsanreize für nachwachsende Rohstoffe, die Beimischungsquote für Biodiesel und Bioethanol sowie die Einspeisevergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) führen zu einer zusätzlichen Konkurrenz um begrenzte Ackerflächen. Diese Subventionierung geht zwangsläufig mit einer geringeren Rohstoffverfügbarkeit für die Produktion von qualitativ hochwertigen und sicheren Lebensmitteln am Standort Deutschland einher. Die Option, auf Drittlandsimporte zurückzugreifen, ist u. a. wegen der europäischen Zulassungspolitik für gentechnisch veränderte Organismen und deren Verarbeitungserzeugnisse sowie Aspekten der Lebensmittelsicherheit nur begrenzt gegeben.

Die Verbände der getreideverarbeitenden Lebensmittel- und Futtermittelwirtschaft fordern deshalb eine Politik mit Augenmaß, die den Bedürfnissen der heimischen Verbraucher, den Möglichkeiten der Landwirtschaft, den Anforderungen der Umwelt und den Erfordernissen der Lebensmittel- und Futtermittelwirtschaft Rechnung trägt. Sie fordern deshalb, dass

- die landwirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln und Futtermitteln eindeutig Vorrang vor derjenigen für die energetische Verwertung haben muss.
- Politik und Verbraucher den Lebensmitteln wieder den ihnen zustehenden hohen (Stellen-)Wert zumessen.
- die obligatorische Flächenstilllegung abgeschafft wird, damit mehr Agrarrohstoffe aus nationaler Produktion für den erhöhten Bedarf zur Verfügung stehen.
- die Energiepflanzenprämie gestrichen wird, da diese durch die höheren Marktpreise überkompensiert ist.
- im Zuge der EEG-Novelle die Förderung auf solche Substrate konzentriert wird, die nicht gleichzeitig als Lebens- oder Futtermittel genutzt werden. Insbesondere der NAWARO-Bonus ist so zu modifizieren, dass die energetische Nutzung von Abfällen und Reststoffen - z.B. Schlachtnabenerzeugnissen und Speiseabfällen – nicht benachteiligt wird. Die Nichtgewährung des Bonus verhindert heute die ökologisch und ökonomisch effiziente energetische Verwertung, obwohl gerade Reststoffe eindeutig zum Klimaschutz und zur CO₂-Reduktion beitragen.

- bei der Novellierung der 1. Bundesimmissionsschutz-VO nur Mindergetreide, das qualitativ als Lebens- und Futtermittel nicht geeignet ist, als Regelbrennstoff für die thermische Nutzung zugelassen wird. Das Verbrennen von Lebensmitteln ist aus ethischen Gründen und angesichts der sich abzeichnenden Lebensmittelknappheit nicht zu verantworten. Eine Lockerung umweltrechtlicher Voraussetzung für die thermische Nutzung von pflanzlichen Rohstoffen ist ökologisch nicht vertretbar.
- der Marktzugang für nachhaltig produzierte Biokraftstoffe aus Drittländern erleichtert wird, um die mit der Beimischungsquote geschaffene Nachfrage nicht zu Lasten der Lebens- und Futtermittelerzeugung zu decken.
- durch die Förderpolitik keine Fehlallokationen und Investitionsruinen geschaffen werden, die die deutsche Lebensmittel- und Futtermittelwirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen und einer an Leistungsfähigkeit, Verbraucherschutz und Versorgungssicherheit ausgerichteten Ernährungswirtschaft entgegenstehen.
- verstärkte Forschungsanstrengungen unternommen und Mittel der bisherigen Förderung umgelenkt werden, um zukunftsweisende Technologien im Kraftstoffbereich (BtL-Verfahren) anwendungsreif zu machen. Der Einsatz heute verfügbarer Technologien zur Steigerung der Energieeffizienz, wie z. B. Kraft-Wärme-Kopplung, Motorentchnik und Gebäudesanierung, die erhebliche Einsparungspotentiale beherbergen, muss vorangetrieben werden.

Begründung:

Biogas

Die Novellierung des EEG hat einen Boom von Biogasanlagen ausgelöst. Die Einspeisevergütung und der Bonus, den Landwirte für nachwachsende Rohstoffe erhalten, die zur Biogaserzeugung angebaut werden, haben in Deutschland rd. 3.500 Anlagen entstehen lassen, die 675.000 ha Ackerfläche benötigen. Die Anbaufläche von Silomais für die Biogasnutzung wurde zur Ernte 2007 um 10 % ausgedehnt und dürfte weiter steigen. Für das Jahr 2010 gehen Schätzungen von 10.000 Anlagen aus, die zunehmend nicht mehr von Landwirten betrieben werden. Diese Anlagen würden 1,5 Mio. ha bzw. rd. 13 % der Ackerfläche binden. Die so verschärfte Flächenkonkurrenz geht nicht nur zu Lasten der Getreide- und Ölsaaterzeugung, sondern setzt die landwirtschaftliche Tierhaltung und damit auch deren vor- und nachgelagerte Wirtschaftsbereiche unter Druck. Die Anlagen rechnen sich für die Betreiber allenfalls bei der Nutzung der Wärme, neben der Erzeugung von Strom und/oder Gas im Rahmen einer Kraft-Wärme-Koppelung, sonst nur aufgrund der Einspeisevergütung. Ein weiterer Effekt ist die Monokultivierung von Energiemais, einhergehend mit Bodenkontamination. Biodiversität geht nach Ansicht der UNEP (United Nations Environment Programme) durch die Produktion von Bioenergie verloren.

Bioethanol

Eine ähnliche Entwicklung ist bei Bioethanol festzustellen. Die installierten Bioethanolanlagen in Deutschland benötigen 1,9 Mio. t Agrarrohstoffe – vor allem Brot- und Futtergetreide. Der Bedarf erhöht sich mit den im Bau befindlichen Anlagen auf 3,1 Mio. t und bei Berücksichtigung der Planungen auf rd. 8,1 Mio. t Getreide – 20 % der Gesamtgetreideernte. Die Anlagen stehen in Regionen, in denen die landwirtschaftlichen Böden Getreideanbau in Spitzenqualität ermöglichen. Das dort angebaute hochwertige Getreide ist zwingend für die Versorgung der Bevölkerung notwendig. Die Beimischungsquote, die eine Abnahmegarantie für die Ethanolproduzenten bedeutet, und die hohen Importzölle auf Bioethanol führen zu einer verzerrten Marktsituation. Wenn die Saatgutzüchter – wie geplant – dieses Segment in Zukunft mit neuen stärkereichen und proteinschwachen Sorten bedienen, stehen die für Lebens- und Futtermittel wichtigen Eiweiße nicht mehr in ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung, mit nur schwer abschätzbaren Folgen.

Biodiesel

Biodiesel wird gegenwärtig in Europa aus Ölpflanzen (Raps, Sonnenblumen, Sojabohnen, Palmöl) hergestellt. Der Ausbau der Biodieselproduktion bindet Flächen, die für die Erzeugung von Lebens- und Futtermitteln nicht mehr zur Verfügung stehen, aber bei weltweit steigender Nachfrage für Ernährungszwecke notwendig sind. Im Jahr 2007 wurden in der EU-27 auf 6,22 Mio. ha Raps angebaut, rd. 19 % mehr als ein Jahr zuvor. Nach Berechnungen der ISPA (Institut für Strukturforchung und Planung in agrarischen Intensivgebieten, Hochschule Vechta) bedarf es zur Erfüllung des 5,75 %-Anteils am Dieselmotorkraftstoff allein in Deutschland 2,35 Mio. t Biodiesel. Sollte die Produktion aus heimischen Ölfrüchten gedeckt werden, würden dies 1,5 Mio. ha bzw. rd. 13 % der verfügbaren Ackerfläche binden.

Beimischungsquote

Zur Erfüllung der Beimischungsquote von 5,75 % bei konventionellen Kraftstoffen wären in Deutschland rd. 20 % der Ackerfläche gebunden und würden nicht mehr für die Produktion von Lebens- und Futtermitteln zur Verfügung stehen. Die Vorgabe, 25 % des Kraftstoffbedarfs und 10 % der Stromerzeugung in Deutschland mit Biokraftstoffen bzw. Biogasanlagen zu decken, erfordert laut ISPA eine Ackerfläche von rd. 16 Mio. ha. Bei derzeit vorhandenen 12 Mio. ha müssten mehr als 4 Mio. ha zusätzlich erschlossen werden, was unrealistisch erscheint. Flächen zur Produktion von Lebens- und Futtermitteln in Deutschland stünden dann aber nicht mehr zur Verfügung. Die national, EU- und weltweit diskutierten Bioenergie- und Biokraftstoff-Konzepte lassen die begrenzten Möglichkeiten der Agrarwirtschaft außer Acht. Die Verlagerung der Lebens- und Futtermittelproduktion in Drittländer, der zu erwartende steigende Import von Rohstoffen aus diesen Ländern und die nicht ausreichende Fläche zur Erfüllung hochgesteckter Klimaschutzziele lassen bezweifeln, dass diese Konzepte einen nachhaltigen und effizienten Beitrag zum Umweltschutz leisten können.

Ressourcen der Bioenergieherstellung

Laut IGC (International Grain Council) wurden im Jahr 2006 mehr als 6 % der Weltgetreideproduktion zur Bioenergieherstellung verbraucht. Die weltweite Nachfrage nach Energie pro Jahr beträgt ca. 300 Exajoule (= 10^{18} Joule), davon allein ca. 80 Exajoule für Transportenergie. Eine Studie der EPEA (Internationale Umweltforschung GmbH) auf Basis von Daten von FAO (Food and Agriculture Organization), IEA (Internationale Energieagentur) und Europäischer Union zeigt, dass das Biotreibstoffpotential der weltweiten Jahresproduktion an Pflanzenölen, Zucker und Getreide bei ca. 25 Exajoule liegt. Damit könnten rd. 30 % der Transportenergie bzw. 7,5 % der Gesamtenergienachfrage gedeckt werden. Für die Ernährung der Bevölkerung ständen dann jedoch keine Agrarprodukte mehr zur Verfügung. Allein in der EU werden Wachstumsraten der Energienachfrage zwischen 2005 und 2030 von 14 % der Primärenergie und 25 % der Transportenergie erwartet. Dieser zusätzliche Bedarf ist durch „Bio“-Energie nicht zu decken, zumal der Energie-Nettoertrag aus Bioethanol und -diesel der ersten Generation unter Berücksichtigung des Energiebedarfs für die Landwirtschaft und der Produktion marginal ist. Bei einer ganzheitlichen Betrachtung, d. h. Berücksichtigung von Flächenrodungen, Wassereinsatz, Energieeinsatz der landwirtschaftlichen Produktion, Düngung, Schadstoffeintrag, Transport etc., fällt die Ökobilanz von Biokraftstoffen negativ im Vergleich zu fossilen Brennstoffen aus. Das Ziel des nachhaltigen Klimaschutzes durch Bioenergie wird damit verfehlt.

Welternährungssituation

Nahrungsmittel müssen Vorrang vor Bioenergie haben. Die Flächen werden zur Ernährung der wachsenden Bevölkerung benötigt. Die Weltbevölkerung wächst pro Jahr um ca. 80 Mio. Menschen, 2050 müssen rd. 9,2 Mrd. Personen ernährt werden. Bereits heute leiden weltweit mehr als 850 Mio. Menschen an den Folgen von Unterernährung, 50 Mio. Menschen mehr als vor zehn Jahren. Die von FAO und UN-Weltgesundheitsorganisation formulierte Mindestversorgung macht bereits im Jahr 2030 eine landwirtschaftliche Produktion nötig, die um 37 % gesteigert werden muss bzw. einen Flächenzuwachs um 37 % bedeutet, der zusätzliche Bedarf für die Erzeugung von Bioenergie ausgenommen. Bereits 1996 waren nach Angaben der UNEP/GLASOD (Global Assessment of Human-induced Soil Degradation Database) ca. 14 % der Böden (1.216 Mio. ha) weltweit für die

landwirtschaftliche Produktion nicht nutzbar. Pro Jahr vergrößert sich diese Fläche um 5 bis 12 Mio. ha. Dies wird sich durch den Klimawandel und die knapper werdende Verfügbarkeit von Süßwasser noch verschärfen. Die Monokultivierung von Energiepflanzen macht den Ackerbau für Schadpilze empfänglicher, verschärft den Wassermangel und stellt die Bevölkerung in vielen Regionen der Welt vor existenzielle Probleme. Negative Entwicklungen für die Nahrungsmittelgrundlage müssen angesichts der steigenden Weltbevölkerung und den sich ändernden Ernährungsgewohnheiten, insbesondere in Schwellenländern, vermieden werden.



(B. Krüskén)
Geschäftsführer

Deutscher
Verband
Tiernahrung e. V.



(A. Jess)
Verbandsgeschäfts-
führer

Getreidenährmittel-
verband e.V.

Verband der
Teigwarenhersteller
und Hartweizenmühlen
e. V.



(H. Martell)
Geschäftsführer

Verband Deutscher
Großbäckereien e. V.



(M. Weizbauer)
Hauptgeschäftsführer

Verband Deutscher
Mühlen e. V.



(N. Parow)
1. Vorsitzender

Verband der
Handelsmälzereien
e. V.



(Dr. E. Groebel)
Hauptgeschäftsführer

Zentralverband
des Deutschen
Bäckerhandwerks e. V.